

Leihgabe

Forschungsinstitut für Genossenschaftswesen
an der Universität Erlangen-Nürnberg
Königstorgaben 11, 8500 Nürnberg

Veröffentlichungen
des Forschungsinstituts für Genossenschaftswesen
an der Universität Erlangen-Nürnberg

21

DIE VERANTWORTLICHKEIT DES VORSTANDES DER
EINGETRAGENEN GENOSSENSCHAFT AUS § 34 GENG

- Verschulden, Pflichtverletzung, Schaden -
Versuch einer dogmatischen Strukturierung
der Haftungsnorm

von

WERNER F. MEYER

Nürnberg

1985

TECHNISCHE HOCHSCHULE DARMSTADT
Fachbereich 1
<u>Gesamtbibliothek</u>
<u>Betriebswirtschaftslehre</u>
Inv.-Nr. : 46.108
Abstell. : A36/147
Sammelgebiete: 0.9.1
00794423

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einführung	1
Erstes Kapitel: Die subjektive Verantwortlichkeit im Rahmen des § 34 II,1	5
A. § 34 II,1 als Unterfall der Verschuldenshaftung	5
I. Verschuldens- und Erfolgshaftung im bürgerlich-rechtlichen Haftungssystem	5
II. Erfordernis des Verschuldens bei § 34 II,1	6
1. Die Meinungen in Literatur und Rechtsprechung	6
2. Die Auslegung	7
a) Wortsinn	7
b) Bedeutungszusammenhang	8
c) Wille des Gesetzgebers	9
d) Teleologie	11
e) Ergebnis der Auslegung	12
B. Der Bezugspunkt des Verschuldens	13
I. Das Erfordernis eines tatbestandsbezogenen Verschuldens in Haftungsnormen	13
II. Folgerungen aus dem Wortlaut des § 34 II,1 im Vergleich zu § 823 I BGB und § 826 BGB	13
III. Die Folgerung aus § 34 IV,1	14
IV. Ergebnis	15
C. Die Verschuldensformen im Rahmen des § 34 II,1	16
I. Vorbemerkung	16
II. Vorsatz	17
1. Vorsatzformen	17

	Seite
2. Irrtumsfälle	18
a) Tatbestandsirrtum	18
b) Verbotsirrtum	19
c) Fahrlässigkeit bleibt auch bei irrtumsbedingtem Vorsatz- ausschluß weiter zu prüfen	20
III. Fahrlässigkeit	20
1. Die Fahrlässigkeit als Verschuldensform	20
2. Der Inhalt des Fahrlässigkeitsvorwurfs im bürgerlichen Recht	22
3. Die Fahrlässigkeit im Rahmen des § 34 II,1 GenG	24
a) Konkretisierung des § 276 I,2 BGB durch den Doppeltatbestand des § 34 I,1	24
b) Die Auslegung des § 34 I,1	26
aa) Die Grenze des möglichen Wortsinns	26
bb) Konsequenzen für die vorzunehmende Operation im Rahmen der Methodenlehre	28
cc) Voraussetzungen der teleologischen Reduktion	29
(1) Der Schutzzweck des § 34 II,1	29
(2) Entgegenstehende Gesichtspunkte (Rechtssicherheit)	31
c) Die teleologische Reduktion des § 34 I,1 nach einzelnen Subjektivierungskriterien	32
aa) Auseinandersetzung mit den Meinungen von Neumann und Müller	32
bb) Gegenstand des Unternehmens	33
cc) Größe des Unternehmens	35
dd) Bildungsgrad	39
ee) Funktion im Gesamtvorstand	42
ff) Ehrenamt	45

	Seite
4. Fahrlässigkeitsgrad - Anwendung der Grundsätze über die gefahrgeneigte Arbeit auf Vorstandsmitglieder der Genossenschaften	47
5. Zusammenfassung	48
Zweites Kapitel: Die objektive Pflichtverletzung in § 34 II,1 GenG	50
A. Allgemeines	50
I. Systematik des Gesetzes	50
1. § 34 I,1 als übergeordnete Norm	50
a) Umfassender Anwendungsbereich im Verhältnis zu den tatbestandsmäßig spezifizierten Pflichten	50
b) Ablehnung der Auffassung § 34 I,1 sei ein Auffangtatbestand	50
aa) Appellcharakter der Norm	51
bb) Auslegungshilfe	52
2. Die tatbestandlich spezifizierten Pflichten	52
a) Entstehungsgründe für die Pflichten im Rahmen des § 34 II,1	52
aa) Gesetz und Statut	52
bb) Geschäftsordnung	53
cc) Anstellungsvertrag	53
b) Die gesetzlich normierten Pflichten	55
aa) In § 34 GenG	55
bb) Die weiteren gesetzlich normierten Pflichten	55
II. Die Schutzrichtung der dem § 34 II,1 unterfallenden Pflichten, unter besonderer Beachtung von Verstößen gegen den Förderungsauftrag des § 1 I	57
1. Pflichten gegenüber der Gesellschaft	57

	Seite
2. Keine Abweichung durch genossen- schaftsrechtliche Besonderheiten erforderlich	57
a) Förderpflicht im Verhältnis Gesellschaft - Mitglieder	57
b) Wahrnehmung durch die Organe	59
3. Parallele zur Lehre von Rechts- widrigkeitszusammenhang im Zivil- recht	60
4. Kein Widerspruch zum hier vertre- tenen Schutzzweck	61
5. Pflichten gegenüber der Allgemein- heit und den Arbeitnehmern	62
6. Zusammenfassung	63
III. Die Funktion des Merkmales Pflichten im Haftungstatbestand des § 34 II,1	64
1. Folgerungen aus dem Wortlaut	64
2. Die Auffassung von Klug und Mertens	64
a) Unvereinbarkeit mit dem Wort- laut der Norm	65
b) Folgerungen aus dem Bezugspunkt des Verschuldens	66
3. Ergebnis	68
B. Die Pflichten der Vorstandsmitglieder im einzelnen	68
I. Einführung	68
1. Unmöglichkeit einer abschließenden Definition von unbestimmten Rechts- begriffen	68
2. Wertende Betrachtungsweise (Kon- kretisierung anhand konkre- sierender, selbst wertungsbedürf- tiger Maßstäbe - typologisches Denken)	69
3. Konsequenzen für das Merkmal "Pflichten" in § 34 II,1	70
4. Die im Falle der Pflichten zur Anwendung kommende Methode der Typisierung	71

	Seite
II. Einheitlicher oder relativer Maßstab?	72
1. Haftung als Wahrer fremden Vermögens	72
2. Relativierung des einheitlichen Pflichtenmaßstabes	73
a) Abgrenzung zum Verschuldensmaßstab	74
b) Folgerungen aus der Funktion des Merkmales "Pflichten"	76
c) Unterscheidung zwischen gebundenen und ermessensbestimmten Aufgaben	78
aa) Keine Relativierung bei gebundenen Aufgaben	79
bb) Relativierung angebracht bei ermessensbestimmten Aufgaben (betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise)	83
3. Zusammenfassung	87
III. Die Pflicht zur sorgfältigen (ordentlichen und gewissenhaften) Leitung der Genossenschaft	88
1. Gewandeltes Bild des Leiters einer Genossenschaft	88
2. Die Unterscheidung in Vertretungshandeln (Außenverhältnis) und Geschäftsführungshandeln im engeren Sinne (Innenverhältnis)	89
3. Die Pflicht zum sorgfältigen Vertretungshandeln	90
a) Pflicht für das rechtmäßige Verhalten der Genossenschaft nach außen zu sorgen	90
aa) Die individualrechtliche Seite	91
bb) Die mitgliedschaftsrechtliche Seite	92
(1) Pflicht zur Verfügungstellung der genossenschaftlichen Einrichtungen und Leistungen	92
(2) Gleichbehandlungsgrundsatz	94

	Seite
b) Die Pflicht zur Beachtung der Regeln sorgfältiger Unternehmensleitung	96
aa) Allgemeine Prinzipien	96
bb) Ermessensrichtlinien - Verhaltenspostulate	98
(1) Pflicht zur Beachtung von Normen (Gesetz und Satzung)	98
(2) Erkundigungspflicht	99
(3) Pflicht innerhalb der Grenzen der gesicherten Erkenntnisse und Erfahrungen der Unternehmensleitung zu handeln	99
c) Risikogeschäfte	100
aa) Überblick über Lösungsansätze in Literatur und Rechtsprechung	101
bb) Eigene Stellungnahme	103
(1) Geschäfte mit nachteiligem Charakter	106
(2) Indifferente Geschäfte	106
(3) Nur-Vorteilhafte-Geschäfte	107
cc) Zusammenfassung	108
4. Die Pflicht zum sorgfältigen Geschäftsführungshandeln (im engeren Sinne)	109
a) Die Pflicht für rechtmäßige Organisation und Entscheidungsprozesse innerhalb der Gesellschaft zu sorgen	110
aa) Organisationsmangel durch Weitergabe nicht delegierbarer Aufgaben	111
(1) Die gesetzlich nicht delegierbaren Aufgaben	111
(2) Die laut Satzung (Statut) vom Vorstand wahrzunehmenden Aufgaben	111

	Seite
(3) Die sich aus dem Wesen des Vorstandsamtes ergebenden Aufgaben ("Mußaufgaben")	112
bb) Organisationsmangel durch Auswahl fachlich nicht qualifizierter Personen ("Auswahlverschulden")	113
cc) Organisationsmangel bei fehlender Kontrolle des Beauftragten ("Überwachungsverschulden")	114
b) Die Pflicht zur optimalen Zusammenarbeit mit anderen Organen der Genossenschaft	115
aa) Aufsichtsrat	115
bb) Generalversammlung	118
cc) Genossenschaftsbeirat	118
c) Die Pflicht zur optimalen Zusammenarbeit mit außenstehenden Dritten	119
aa) Statutarisch bestimmte (externe) Dritte	119
bb) Prüfungsverband	120
cc) Verbund	122
d) Die Pflicht zur Zusammenarbeit mit den anderen Vorstandsmitgliedern	124
5. Treuepflicht	125
a) Allgemeines - Unterscheidung der organschaftlichen und der mitgliedschaftlichen Treuepflicht	125
b) Konkretisierung der Treuepflicht	127
aa) Pflichtverletzung durch die Verfolgung von Drittinteressen	128
(1) Ausrichtung des unternehmerischen Handelns eines Genossenschaftsleiters	128

	Seite
(2) Zuwendungen der Ge- nossenschaft an Dritte	131
(2.1) An die Genossen (interne Dritte)	132
(2.2) An externe Dritte	134
(3) Rücksichtnahme auf ge- sellschaftsfremde öf- fentliche Interessen	136
bb) Pflichtverletzung durch die Verfolgung von Eigeninteressen des Vorstandes	138
(1) Überblick über die Rege- lungen im Aktienrecht und im Recht der Gesellschaft mit beschränkter Haftung	138
(2) Genossenschaftliche Be- sonderheiten	138
(2.1) Ehrenamtliche und nebenamtliche Vor- standstätigkeit	139
(2.2) Identität von Vor- stand, Mitglied, Kunde	139
(3) Folgerungen für die Treuepflicht	139
(3.1) Zweckgeschäfte	140
(3.2) Gegen- und Hilfs- geschäfte	140
(3.2.1) Vertretungs- befugnis	141
(3.2.2) Offenle- gungspflicht und Pflicht zur Enthalt- ung befan- gender Mit- glieder	141
6. Sonderprobleme bei Abweichungen vom Grundsatz der Gesamtgeschäfts- führung	142
a) Das gesetzliche Leitbild der Gesamtgeschäftsführung	142
aa) Gesetzliche Regelung	142
bb) Auswirkungen auf die Haftung gemäß § 34 II,1	144

	Seite
b) Das Mehrheitsprinzip	146
aa) Zulässigkeit - Grenzen	146
(1) Inhaltliche Ausgestaltung der Gesamtgeschäftsführung unterliegt der Satzungs- autonomie	146
(2) Grundsatz der Gesamtge- schäftsführung nicht dispositiv	147
bb) Rechtliche Gestaltungsform	151
cc) Haftungsrechtliche Auswirkungen	151
c) Geschäftsverteilung (Zuweisung)	152
aa) Zulässigkeit - Grenzen	152
(1) Gestaltung in der Praxis	153
(2) Vereinbarkeit mit dem Prinzip der Gesamtge- schäftsführung	155
bb) Rechtliche Gestaltungsformen	162
cc) Haftungsrechtliche Auswirkungen	166
(1) Entlastung von der Sach- verantwortung	166
(2) Die Pflichten im einzelnen	169
(2.1) Die Pflicht zur ord- nungsgemäßen Zuwei- sung ("Auswahlver- schulden")	169
(2.2) Die Pflicht zur Über- wachung und Kontrolle ("Überwachungsver- schulden")	169
(2.3) Die Pflicht zur Querinformation	171
(2.4) Die Pflicht zum Wi- derspruch und zur Anrufung des Gesamt- vorstandes	172
dd) Zusammenfassung	173
C. Zusammenfassung des zweiten Kapitels unter Beachtung der Problematik rechtlich umstrittener Pflichtentypisierung	174

	Seite
Drittes Kapitel: Der Schaden in § 34 II,1	177
A. Begriffliche Klärung	177
B. Stellung und Funktion im Tatbestands-§ 34 II,1	178
I. Schaden ist kein Tatbestandsmerkmal	179
II. Zuordnungsfunktion des Begriffmerkmals Schaden in Haftungsnormen	179
C. Der ersatzfähige Schaden in § 34 II,1	180
I. Darstellung des Streitstandes	180
II. Der zivilrechtliche Schadensbegriff	181
III. Einschränkungen des Schadensbegriffs auf pflicht- bzw. zweckwidrige Vermögensminderungen	182
1. Konsequenzen für die Subsumtion	183
2. Auseinandersetzung mit den einschränkenden Interpretationsversuchen	184
a) Vorzunehmende Doppelprüfung ist unökonomisch	184
b) Dogmatische Bedenken	184
aa) Haftungsbegründender Schaden und Differenzhypothese	184
bb) Unvereinbarkeit mit der ratio der Beweislastverteilung in § 34 II,2	187
IV. Ergebnis	187
D. Einzelprobleme	187
I. Die anzuwendenden Normen	187
II. Vorteilsausgleichung	188
1. Abgrenzung zu Fragen im Rahmen der Schadensersatzberechnung	188
a) Ersparnis von Aufwendungen	188
b) Änderungen in der Zusammensetzung des Vermögens	189
2. Inhalt der Vorteilsausgleichung	190

	Seite
III. Kausalitätsfragen	191
1. Adäquanztheorie	191
2. Abgrenzung zu hypothetischen Schadensursachen und Berufung auf rechtmäßiges Alternativverhalten	191
Viertes Kapitel: Einzelprobleme	194
A. Begründung und Ende der Verantwortlichkeit	194
I. Beginn der Haftung aus § 34 II,1	194
1. Die Bestellung als Anknüpfungspunkt der Haftung der Vorstandsmitglieder	194
2. Die Problematik der "faktischen Organtätigkeit"	196
a) Überblick über die in Lehre und Rechtsprechung vorgenommenen Ansätze	196
b) Der sprachlich-mögliche-Wort-sinn des Begriffes "Vorstandsmitglied"	197
c) Die analoge Anwendung des § 34 II,1 auf nicht bestellte Mitglieder	198
II. Beendigung der Verantwortlichkeit	201
B. Modifizierungen des Verschuldensmaßstabes und Verzicht auf mögliche Ansprüche (Geltungsform des § 34 II,1)	202
I. Einführung	202
1. Bedeutung der Rechtsform der Haftung für die aufgeworfenen Fragen	202
2. Rechtsform der Haftung	203
a) Die Unterscheidung zwischen Bestellung und Anstellung des Vorstandes	203
b) § 34 II,1 als gesetzliche Haftungsnorm	204
aa) Überblick über die Ansätze in Lehre und Rechtsprechung	204
bb) Eigener Lösungsansatz	208
c) Unabhängigkeit der Geltung des § 34 II,1 von der Gestaltung des Anstellungsvertrages	210

	Seite
II. Haftungsmilderungen	211
1. Modifizierungen des Verschuldensmaßstabes	211
a) Ausschluß der Haftung für vorsätzliches Handeln	211
b) Ausschluß der Haftung für fahrlässiges Handeln, bzw. einzelne Fahrlässigkeitsgrade	211
2. Vertraglicher Verzicht (Erlaß)	216
a) Die in Betracht zu ziehenden rechtlichen Gestaltungsformen	216
b) Gesetzliche Zuständigkeit zum Abschluß eines solchen Vertrages	218
c) Zulässigkeit des Verzichts auf bereits entstandene Ansprüche	219
d) Zulässigkeit des Verzichts auf zukünftige (noch nicht entstandene) Ansprüche	220
3. Ergebnis	222
III. Haftungsverschärfung	222
C. Verfahrensfragen	225
I. Geltungsmachung des Schadensersatzanspruches gegen Vorstandsmitglieder	225
1. Beschluß der Generalversammlung	225
2. Mehrheitsverhältnisse	226
3. Vertretungsbefugnis	227
II. Beweislast	228
1. Grundsätzliche Beweislastverteilung bei Haftungsnormen	228
2. Gegenstand der Beweislast nur Fragen im Tatsächlichen	228
3. Regelung in § 34 II,2	229
D. Haftung des Vorstandes und der Genossenschaft gegenüber den Genossen bei Förderpflichtverletzungen	232
I. Einleitung	232

	Seite
II. Die in Betracht kommenden Anspruchsgrundlagen	234
1. § 34 II,1 in Verbindung mit § 823 II BGB	234
a) Allgemeine Voraussetzungen des Schutzgesetzcharakters	234
b) Subsumtion unter § 34 II,1	235
2. § 823 I BGB - Verletzung eines sonstigen Rechts	236
a) Kategorisierung der Förderpflichtverletzungen	237
b) Förderpflichtverletzung als Verletzung eines sonstigen Rechts im Sinne des § 823 I BGB (Mitgliedschaftsrecht)	237
aa) Die Ansicht von Mertens	239
bb) Bedenken gegen die zitierte Auffassung	241
3. § 826 BGB - vorsätzliche sittenwidrige Schädigung	242
4. Anspruch aus dem Anstellungsvertrag - Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten der Genossen	242
III. Geltendmachung des Schadens der Genossen durch die Genossenschaft im Wege der Drittschadensliquidation	243
IV. Zusammenfassung	244